

Aufruf zum Widerstand

In Athen wurde am Montag eine gemeinsame Erklärung kommunistischer Parteien zu den EU-Wahlen vorgestellt

Von Heike Schrader, Athen



Pressekonferenz am Montag in Athen mit Carmelo Suarez Cabrera (KP der Völker Spaniens, 2.v.l.), Makis Mailis (Pressebüro der KKE, 3.v.l.), Aleka Papariga (KKE, 3.v.r.) und Gyula Thürmer (Ungarische KP, 2.v.r.)
Foto: Heike Schrader

Der Beitritt Ungarns zur EU hat der Mehrheit der Bevölkerung mehr Verluste als Gewinne eingebracht«, erklärte Gyula Thürmer am Montag in

Athen anlässlich der Vorstellung einer gemeinsamen Erklärung von 21 kommunistischen Parteien zu den Anfang Juni anstehenden EU-Wahlen (siehe Text unten). »Unser Agrarsektor bediente auch den Exportmarkt«, so der Vorsitzende der Ungarischen Kommunistischen Arbeiterpartei, »heute dagegen essen wir Fleisch aus Frankreich, Brot aus Österreich und trinken griechischen Wein«. »Nicht das letzterer schlecht wäre«, fügte Thürmer mit Blick auf die gastgebende Kommunistische Partei Griechenlands, KKE, hinzu. Eher wohl für viele unerschwinglich, denn gleichzeitig sind in Ungarn die Preise auf ein mittleres EU-Niveau gestiegen, während der monatliche Durchschnittslohn nur bei etwa 600 Euro liegt.

Oligarchie-Interessen

Vier Millionen Arbeitslose seien das Ergebnis der seit Jahren von der EU vorgegebenen spanischen Regierungspolitik, fügte sein spanischer Genosse Carmelo Suarez Cabrera hinzu. Durch die Wirtschaftskrise werde sogar ein Anstieg der Arbeitslosenrate von derzeit 17 auf bis zu 25 Prozent erwartet. Die EU-Politik mit der Liberalisierung des Arbeitsmarktes, den Privatisierungen von Staatsbetrieben und den ständig steigenden Ausgaben für den sogenannten Krieg gegen den Terror diene allein den Interessen der spanischen Oligarchie, erläuterte der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Völker Spaniens.

Die KKE und die beiden Gastparteien gehören zu den Unterzeichnerinnen der von 21 kommunistischen und Arbeiterparteien gemeinsam abgegebenen Erklärung zu den anstehenden EU-Wahlen. Erstmals hätten sich hier 21 Parteien in einer gemeinsamen Einschätzung hinsichtlich des Charakters der EU und des gegen sie nötigen Widerstandes zusammengefunden, erläuterte Aleka Papariga die Bedeutung der Erklärung. Die Generalsekretärin der Kommunistischen Partei Griechenlands betonte, daß es sich bei den Unterzeichnenden gewollt ausschließlich um kommunistische und Arbeiterparteien aus den Mitgliedsstaaten der EU handelt.

Wahlteilnahme

Trotz der prinzipiellen Gegnerschaft ihrer Parteien zur EU mache es Sinn, sich an den Wahlen zum EU-Parlament zu beteiligen, erklärte Aleka Papatoufaki auf Nachfrage von junge Welt. Wahlen seien zwar nicht das wichtigste, aber eben auch ein Kampffeld, das man nicht einfach den anderen überlassen dürfe. Im gleichen Sinne forderte die Generalsekretärin der KKE zur Wahlbeteiligung auf. Eine Enthaltung sei der falsche, weil wirkungslose Weg des Protestes. Stimmen für die unterzeichnenden Kommunisten dagegen seien ein »Schlag für den Gegner«.

Gemeinsame Erklärung: Die EU ist die Wahl des Kapitals

Arbeiter, Selbständige, Handwerker, Kleinbauern, Frauen, Jugendliche, wir sprechen zu euch kurz vor den Europawahlen 2009. Arbeiter und Kleinbauern, Gewerkschafter, Aktivisten der Friedensbewegung, der Frauenbewegung und der Jugendbewegung für demokratische Rechte, Volksfreiheiten und internationale Solidarität, Aktivisten der Bewegungen gegen die Verträge von EU und NATO – wir teilen die Vision einer Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, ohne Armut, soziale Ungerechtigkeit und imperialistische Kriege. Wir vereinigen uns in dieser Kampagne für ein Europa des Wohlstandes für alle, des Friedens, der sozialen und demokratischen Rechte, für ein Europa, das nichts mit der EU des Kapitals und des Krieges zu tun hat. (...) Erwartet keine Lösungen von der EU, die Teil des Problems ist, sie hat nur Lösungen, die allein der Oligarchie nützen.

Die EU ist die Wahl des Kapitals. Sie fördert Maßnahmen zugunsten der Monopole, der Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Mit dem Lissabon-Vertrag wurden ihre Charakteristika als eines imperialistischen ökonomischen, politischen und militärischen Blocks – Rüstung, autoritärer Staat und dessen Repression – gestärkt gegen die Interessen der Arbeiter und der Völker.

Im Namen von »Modernisierung«, »Wettbewerbsfähigkeit«, von »Unternehmen« und »Flexicurity« werden die Angriffe auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte intensiviert. Das Streikrecht wird ebenso untergraben wie andere Freiheiten der Gewerkschaften. Unter dem Vorwand der Krise und für die Sicherung der Profitabilität des Kapitals werden Arbeitswoche verlängert und Löhne verkürzt. Die Zukunft für Arbeiter lautet: Arbeit ohne Rechte bis zum Tod, eine Alptraumlandschaft für Arbeitsrecht wird geschaffen, mit einem Anstieg der Arbeitsstunden pro Tag und einer 65-Stunden-Woche – einhergehend mit Unterbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und Existenzunsicherheit, mit Schlägen gegen Löhne und Renten, mit einem Anstieg des Renteneintrittsalters, mit der Aufteilung von Arbeitszeit in aktive und nicht-aktive, Preiserhöhungen und Vervielfachung von Arbeitsunfällen. Dazu gehören die Übergabe des Bildungswesens, des Gesundheits- und des Sozialsystems an das Großkapital, das Verschwinden der Klein- und Mittelbauern zugunsten der Großbauern und Monopole, der Anstieg staatlicher Repression, der Aufstieg von Antikommunismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Die ersten Opfer intensiver Ausbeutung und wachsender Repression sind Jugendliche, Frauen und Arbeiter-Migranten.

Die Europäische Union ist eine Säule der neuen imperialistischen Ordnung, der kapitalistischen Globalisierung. Sie unterstützt das Massaker an den Palästinensern durch Israel. Sie hat Anteil an den aggressiven Plänen gegen ganze Völker, besonders gegen die Länder des Mittelmeerraums, Afrikas, des Mittleren Ostens und Lateinamerikas. Sie hat Anteil am Rüstungswettlauf, der Installierung des »Anti-Raketen-Schildes«, der Wiederkehr des Dogmas vom atomaren Erstschatz. Sie steht in einer Linie mit den USA und der NATO. Militarismus ist integraler Bestandteil ihrer Struktur. (...)

Die Rechte der Arbeiter haben nichts gemein mit der Vollendung eines einheitlichen Binnenmarktes, der Beschleunigung der Lissabon-Strategie, der Bolkestein-Direktive, der »Flexicurity« oder Lohnbegrenzungen. (...) Es gibt Alternativen für die Völker. (...) Die Sackgassen, die Gegensätze, die im Kontext der Krise akuter werden, die Schwierigkeiten, denen sich die EU gegenüber sieht, sind Elemente, deren sich die Völker bewußt werden sollten. Es ist zum Nutzen der Arbeiter, wenn die derzeitige Volksopposition gegen die antisoziale und inhumane Politik der EU gestärkt wird. (...)

Kämpft mit uns für:

- Angemessene unbefristete Arbeit bei vollen Rechten, echten Anstieg von Löhnen und Renten.
- Herrschaft der Völker über die Quellen ihres Reichtums und der strategischen Sektoren der Volkswirtschaften ihrer Länder.
- Kostenlose öffentliche Gesundheitsversorgung und Sozialsysteme, Senkung des Renteneintrittsalters, bessere kostenlose öffentliche Bildung für alle.
- Volle Rechte für Migranten-Arbeiter.
- Unterstützung für Klein- und Mittelbauern und Nahrungssicherheit, einen wirklichen Schutz der Umwelt, die derzeit dem Profit des Großkapitals geopfert wird.
- Das Recht jedes Volkes, sich seinen eigenen Entwicklungsweg zu wählen, einschließlich des Rechts auf Loslösung von den vielfältigen Abhängigkeiten im Rahmen von EU und NATO und auf die sozialistische Option.
- Frieden, den Abzug aller US-NATO-Militärbasen und die Auflösung der NATO, gegen die »Partnerschaft für den Frieden« und die Euro-Armee. Keine Teilnahme an imperialistischen Kriegen und Interventionen!
- Solidarität mit allen kämpfenden Völkern, einen unabhängigen palästinensischen Staat mit Ostjerusalem als Hauptstadt, eine gerechte Lösung des Zypern-Problems, die Verteidigung des sozialistischen Kuba und die Abschaffung der gemeinsamen Position der EU ihm gegenüber.

Stimmt für die Aktivisten, die wir in jedem Land unterstützen. Schwächt die Kräfte, die Kräfte, die die EU unterstützen und verteidigen. Gewinnt selbst an Macht.

Nein zur EU der Monopole und des Militarismus – Für ein Europa des Wohlstandes für die Völker, des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit, demokratischer Rechte und den Sozialismus.

Arbeiterpartei Belgien, KP Britannien, KP Bulgarien, Partei der bulgarischen Kommunisten, KP Dänemark, KP Estland, KP Griechenland, Ungarische Komunistische Arbeiterpartei, KP Irland, Arbeiterpartei Irland, Sozialistische Partei Lettland, Sozialistische Partei Litauen, KP Luxemburg, KP Malta, Neue KP Niederlande, KP Polen, Portugiesische KP, Rumänische KP, KP Slowakei, KP der Völker Spaniens, KP Schweden

AUSZUG

Rede von Aleka Pappariga

• *Die Generalsekretärin der Griechischen Kommunistischen Partei (KKE), Aleka Pappariga, sagte bei der Vorstellung der gemeinsamen Erklärung von 21 kommunistischen Parteien zur EU-Wahl am Montag in Athen u.a.:*

Wir halten es für ein bedeutendes Ereignis, daß uns erstmalig eine gemeinsame Erklärung von 21 kommunistischen und Arbeiterparteien vorliegt, mit gemeinsamen Thesen über den Charakter der EU und über den Charakter der mit ihr notwendigen Auseinandersetzung überall in Europa. Natürlich wird jede Partei sie entsprechend der speziellen Bedingungen des eigenen Landes umsetzen. Ich betone, daß die Erklärung nur von Parteien aus Mitgliedsstaaten der EU unterzeichnet wurde. Nicht enthalten sind Unterschriften kommunistischer Parteien, die zustimmen, deren Länder aber nicht der EU anghören.

Sicher gibt es auch kommunistische Parteien, mit denen wir auf einer ganzen Reihe von Feldern eng zusammenarbeiten, die aber nicht unterzeichnet haben, was nichts daran ändert, daß wir auf den Feldern, auf denen wir übereinstimmen, zusammenarbeiten können. Aber es hilft der Arbeiterbewegung und allgemein der Bewegung des Volkes, wenn gemeinsame Aktionen und Übereinkünfte konsistent sind, wenn unterschiedliche Ansichten nicht überbrückt, wenn unterschiedliche Einschätzungen nicht verwässert werden, denn solche Übereinkünfte sind instabil und bergen die Gefahr, daß sie von den Werktätigen flexibel ausgelegt werden, daß jeder herausliest, was er hineininterpretiert. Mehrsprachigkeit ist keine wirkliche Stärke.